

Datum:
19.06.2017

An den Vorsitzenden des
Sozial- und Gesundheitsausschusses

Antrag

Zu TOP 11.4 „Haushaltsplan und Stellenplan 2018 für das Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-“

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	20.06.2017	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Konzept zur Weiterentwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU) (gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 19.06.2017)

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur 2. Lesung des Haushalts im SGA ein Konzept zur Weiterentwicklung der Regeln für die KdU im SGB II und XII vorzulegen und die entsprechenden Kosten und die Umsetzung für Bestandsfälle darzustellen. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Anpassung der Regeln zur Wirtschaftlichkeitsprüfung vor Umzugsaufforderungen
- Reduzierung der Anforderungen zur Nachweispflicht von Bemühungen um eine günstigere Wohnung
- Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung oder mit Unterstützungs-/Pflegebedarf, z. B. bei den medizinischen Überprüfungen oder bei Umzug aus einer stationären in flexiblere Wohnformen
- Anpassung des Klimabonus für energieeffiziente Neubauten

Begründung:

Die Bemühungen der Stadt zur Schaffung neuen Wohnraums sind in vollem Gange. Mit einer Leerstandsquote von 0,4% ist der Wohnungsmarkt in Bielefeld allerdings nach wie vor sehr angespannt. Dies stellt insbesondere SGB II- und SGB XII-Bezieher*innen vor die äußerst schwierige Aufgabe, eine den KdU-Richtlinien entsprechende Wohnung zu finden. Auf Grund dieser Situation sind Änderungen notwendig. Wir wollen eine Anpassung der Regeln zur Wirtschaftlichkeitsprüfung vor Umzugsaufforderungen von 10 auf 15% im SGB II-Bezug bzw. von 15 auf 20% im SGB XII-Bezug. Mit einer Verringerung der Nachweispflicht von Bemühungen um eine günstigere Wohnung von 3 auf 12 Monate wollen wir Betroffene entlasten und psychischen Druck verringern. Mit der Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung oder mit Unterstützungs-/Pflegebedarf greifen wir Anregungen auf, die unter anderem beim Tag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen geäußert wurden. Über eine Anpassung des Klimabonus für energieeffiziente Neubauten wollen wir einen Anreiz für die Schaffung von mehr öffentlich geförderten Wohnungen setzen, die auch für SGB II- und SGB XII-Bezieher*innen bezahlbar sind.

gez.
Erik Brücher
SPD-Fraktion

gez.
Ulrike Mann
Bündnis 90/Die Grünen

gez.
Michael Gugat
Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten